

An den
Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Sebastian Schuster
im Hause

nachrichtlich
Fraktionen

10.06.2021

Antrag: Keine Fahrpreiserhöhungen im VRS bis Ende 2022

Sehr geehrter Herr Landrat,

In der öffentlichen Berichterstattung der vergangenen Wochen wird deutlich, dass durch Corona eine große Finanzierungslücke im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) entsteht. Im Bereich des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) sprechen wir über rund 130 Millionen Euro. Im Mai haben mehr als 140 Personal- und Betriebsräte der Verkehrsbetriebe in Deutschland klar Position bezogen und eine Unterstützung für die Städte und Gemeinden als Träger des ÖPNV eingefordert. Das erklärte politische Ziel Angebote auszubauen und damit einen Beitrag zur Mobilitätswende zu leisten, wird von einer breiten Mehrheit des Kreistages getragen.

Der Kreistag fasst daher folgenden Beschluss:

1. Die Landes- und Bundesregierung werden aufgefordert den ÖPNV-Rettungsschirm für 2022 fortzuführen und damit die coronabedingten Einnahmeverluste der Verkehrsbetriebe auszugleichen.
2. Der Rhein-Sieg-Kreis spricht sich gegen die Erhöhung von Fahrpreisen im VRS bis Ende 2022 aus.
3. Die Vertreter:innen des Rhein-Sieg-Kreises in den Gremien des VRS werden angewiesen, keiner Fahrpreiserhöhung zuzustimmen.
4. Der Rhein-Sieg-Kreis bittet die Geschäftsführung des VRS Alternativen inkl. Finanzierungsmöglichkeiten zum heutigen Ticketsystem vorzulegen. Dies umfasst insbesondere ein 365 € - Ticket , ein Bürger:innen – Ticket sowie ein alternatives JobTicket – Angebot, dass Home-Office Lösungen berücksichtigt.

Begründung:

Die Einnahmeverluste im ÖPNV auf Grund Corona sind gravierend. Für die Verkehrsunternehmen besteht Handlungsbedarf, der nicht durch weiter steigende Fahrpreise kompensiert werden darf, wenn alle Beteiligten Klimaschutz und Verkehrswende ernstnehmen. Die Eigentümer der Verkehrsunternehmen – sprich die kommunalen Gebietskörperschaften müssen sich zu den Zukunftsfragen des ÖPNVs klar positionieren. Schon heute zählt der VRS zu den teuersten Verbünden in Deutschland. Weitere Fahrpreiserhöhung sind daher abzulehnen. Wir sehen insbesondere Land und Bund in der Verpflichtung diese Verluste auszugleichen.

Darüber hinaus müssen die Verkehrsunternehmen neue Tarifmodelle entwickeln. Dies umfasst insbesondere ein 365 € - Ticket , ein Bürger:innen – Ticket sowie ein alternatives JobTicket – Angebot, dass Home-Office Lösungen berücksichtigt.

Gez. Denis Waldärtl, Dietmar Tendler, Tobias Leuning und Fraktion

i.A.

C. Engler